

Antrag 52/I/2025**Unterbezirk Cottbus****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Sichere und gerechte Finanzierung des Deutschlandtickets**

1 Der SPD-Landesparteitag soll die sozialdemokrati-
2 schen Mitglieder des Brandenburger Landtags, des
3 Bundestags, der Landes- und Bundesregierung auf-
4 fordern, sich dafür einzusetzen, dass es zeitnah eine
5 Einigung zwischen dem Bund, den Bundesländern
6 und den Nahverkehrsunternehmen zur Verteilung
7 der Einnahmen aus dem Verkauf des Deutschlandti-
8 ckets gibt, die die Benachteiligung der kleineren Ver-
9 kehrsbetriebe beendet.

10 Es ist es notwendig, die Einnahmen aus dem Verkauf
11 des Deutschlandtickets bundesweit gerecht zu ver-
12 teilen. Dies kann beispielsweise über die Zuordnung
13 der PLZ des Karteninhabers zum lokalen Verkehrs-
14 betrieb erfolgen. Die Deutsche Bahn als maßgebli-
15 cher Nahverkehrsanbieter, welcher über die Gren-
16 zen der Verkehrsverbünde hinaus Leistungen anbie-
17 tet, ist anteilig zu berücksichtigen.

18

Begründung

19 Die Einführung des Deutschlandticket ist eine der
20 nachhaltigsten Reformen des öffentlichen Perso-
21 nennahverkehrs. Es überwindet Grenzen zwischen
22 Verkehrsverbünden und ermöglicht bundesweite
23 Fahrten im ÖPNV für einen fixen Preis. Es erhöht
24 damit die Mobilität großer Bevölkerungskreise, für
25 die eine Fahrt aus den regionalen Verkehrsverbün-
26 den heraus mit hohen finanziellen Kosten verbun-
27 den war.

28 Die Einführung des Tickets als Abonnement führt
29 jedoch zu erheblichen Verschiebungen in den Ein-
30 nahmen aus dem Verkauf von Zeitkarten zugunsten
31 der großen Verkehrsunternehmen. Bisher genutzte
32 Zeitkarten für Pendlerfahrten in kleineren Strecken-
33 netzen werden auf Grund fast identischer Kosten
34 durch das D-Ticket, welches bei größeren Anbietern
35 gekauft wird, ersetzt. Des Weiteren reduziert es den
36 Absatz von Einzelfahrkarten.

37 Die damit verbundenen reduzierten Einnahmen der
38 lokalen Verkehrsbetriebe haben mittlerweile exis-
39 tenzielle Ausmaße erreicht. Um die bisherigen Leis-
40 tungen der Nahverkehrsbetriebe weiterhin anbie-
41 ten zu können, sind von den Kommunen in erheb-
42 lichen Maß höhere Zuschüsse notwendig.